

Datenschutz – Genehmigungen zum Vorkaufsrecht (Nr. 003)

Informationen zur Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 DSGVO

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Stadtverwaltung Pirmasens
Rathaus am Exerzierplatz
66953 Pirmasens
Telefon 06331 8400
Email info@pirmasens.de
Internet www.pirmasens.de

2. Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. B DSGVO)

Stadtverwaltung Pirmasens
Rechnungsprüfungsamt
Bahnhofstr. 50
66953 Pirmasens
Herr Andreas Mühlbauer
Telefon 06331 1489030)
Email datenschutz@pirmasens.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DSGVO)

Zur Eintragung des Eigentumsübergangs in das Grundbuch muss beim Grundbuchamt eine amtliche Bescheinigung vorgelegt werden, woraus hervorgeht, ob die zuständige Gemeinde ein gesetzliches Vorkaufsrecht nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) oder des Denkmalschutzgesetzes (DSchG) hat und ob sie davon Gebrauch macht. Üblicherweise wird diese gebührenpflichtige Bescheinigung vom Notar im Rahmen des Kaufvertrages bei der Stadtplanung angefordert. Der Notar teilt sowohl Daten des Käufers als auch des Verkäufers mit. Der Gemeinde steht in bestimmten Fällen ein Vorkaufsrecht zu, geregelt in den §§ 24 ff BauGB bzw. § 32 DSchG. Nach Prüfung wird ein Genehmigungsbescheid erstellt und versandt. Dieser Bescheid gilt als amtliche Bescheinigung und enthält auch die Festsetzung einer Gebühr.

Die Datenverarbeitung erfolgt gemäß Artikel 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

- Federführung und tatsächliche Bearbeitung obliegt dem Stadtplanungsamt
- Finanzen, Liegenschaftsamt, Bauordnung, Bauverwaltung, Stadtwerke
- Antragsteller, beantragende Stelle: Notariat, Käufer

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DSGVO)

Keine Übermittlung an Drittland.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Die Daten werden 10 Jahre gespeichert.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DSGVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO).
- Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DSGVO), insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.